

Die FBP öffnete die Diskussion mit weiteren Punkten. Der Einwand von Georg Malin betraf den demokratischen Entscheid: „Meine Herren, nach ca. 18 Monaten und nach dreijähriger Gültigkeitsdauer soll der Volkswille durch die Volksvertreter für das Volk im Namen des Volkes geändert werden.“²⁹¹ Seine ausgiebige Kritik und seine literarische Sprache waren selten im liechtensteinischen Parlament. Zu Kindles Vergleich mit der Schweiz sagte er: „Was in der Schweiz geschah, das ist für uns hier nicht verbindlich. Wir können uns nicht in den Rockfalten der Mutter Helvetia verstecken.“²⁹²

Ernst Büchel nannte als Beispiel die Debatte um eine Kläranlage in der Budgetberatung, und stellte fest, Herbert Kindle habe dort den Finanzausgleich noch verteidigt. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Planungsbudgets der Gemeinden mit einer Änderung des Ausgleichs gefährdet würden. Peter Marxer blickte auf die Ereignisse von 1969 zurück und rückte das schlechte Verhalten und die Parteipolitik der VU in den Vordergrund. Alexander Frick ging, ähnlich wie vor drei Jahren, auf das Umverteilungssystem und die Änderungen von 1960 und 1970 ein, Er begründete seine Kritik am neuen System sachlicher.

Die Kritik war massiv. Herbert Kindle übernahm fast durchweg die Verteidigung und erwiderte eindringlich. Franz Beck kommentierte und unterstützte am Rande. Zur Verletzung des Volkswillens entgegnete Kindle, dass das Volk nicht nur über den prozentualen Anteil abgestimmt habe, sondern auch über die Höhe des Ausgleichs, welcher mit der aktuellen Anpassung nominell nicht gekürzt werde. Die Gemeinden bekämen nominell mehr Geld. Zur Kläranlage merkte Kindle an, dass die FBP trotz Kritik am zu hohen Finanzausgleich den Gemeinden noch mehr Geld zuschieben wolle. Zur Kritik an der Zusammenarbeit 1969 erinnerte er an die für die VU ungenügende Kopfquote und die Nachteile für einzelne Gemeinden. Sein Rückblick konstatierte: „Im Gegenteil, die Vaterländische Union wurde mit einem unmöglichen Gegenvorschlag an die Wand gespielt. Die Reaktion war eine zwingende Konsequenz.“²⁹³

Die Diskussion blieb hitzig. Die Parteilinien waren klar umrissen. Die Aspekte debattierte man mit unterschiedlicher Resonanz. Den finanziellen Aspekt der Initiative behandelte man im Zuge der Rechtfertigung der Anpassung des Volksentscheides. Die FBP trug sehr viel Kritik vor.

Die Diskussion nahm eine neue Wendung als der Landtagspräsident ein Schreiben der Gemeindevorsteher präsentierte, welches einen Antrag enthielt. Abgeordneter Emanuel

²⁹¹ Ltp vom 25.11.71, S. 610.

²⁹² Ltp vom 25.11.71, S. 610.

²⁹³ Ltp vom 25.11.71, S. 607.